



Beschluss der Fraktionssommerklausur 27. August 2010

Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin

Schulden haben keine Zukunft

Dass die Staatsschulden nicht mehr zu bewältigen sind, ist im Augenblick die größte politische und persönliche Sorge der Deutschen. Sie fürchten um ihre Ersparnisse und ihre Altersversorgung. Bündnis 90/ Die Grünen dürfen die Menschen mit dieser Sorge nicht allein lassen.

Alle warten auf eine Politik, bei der Finanzmarktregulierung und Haushaltskonsolidierung so ineinander greifen, dass die Weltwirtschaft auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad zurückgeführt wird. Dazu muss der weltweiten Kredit- und Schuldenblase so kontrolliert und wachstumsfreundlich wie möglich die Luft abgelassen werden.

Das Verhältnis von Eigen- und Fremdfinanzierung muss sich generell ändern. Das gilt nicht nur für die Banken und Fonds, sondern auch für die Unternehmen der Realwirtschaft, Privatpersonen und die Staatshaushalte. Wer die Konjunktur stärken will, muss dies durch Umverteilung tun anstatt die erforderliche Nachfrage wie bisher auf Pump zu gründen.

Gerade im hoch verschuldeten Berlin kann und wird es keinen Sonderweg geben. Schon heute führen 60 Milliarden Euro Schulden zu einem kaum tragbaren Zinsänderungsrisiko. Wo ein Prozent Zinsanstieg Mehrausgaben von 600 Millionen Euro nach sich zieht, braucht Haushaltssanierung längst auch das Glück günstiger Umstände.

Rot-Rot leidet an Realitätsverlust

Der Haushaltsausgleich auf dem Höhepunkt des Wirtschaftsbooms 2008 hat Rot-Rot dazu verleitet, das Ende des Sparkurses zu verkünden und zu einer verantwortungslosen Ausgabenpolitik zurückzukehren. Dass ein nachhaltiger Haushalt in der Hochkonjunktur deutliche Überschüsse aufweisen muss, hat die Regierungskoalition nicht wahrhaben wollen.

Als der zyklische Abschwung eintrat, wurde Berlins Haushaltsnotlage sofort wieder sichtbar. Heute liegen nicht nur die Einnahmen um 1,7 Milliarden Euro unter dem Niveau von 2008. Rot-Rot hat auch die Ausgaben um 1,1 Milliarden Euro gesteigert – und das ohne Konjunkturmaßnahmen. Über die gesunkenen Einnahmen reden SPD und Linkspartei ohne Unterlass. Über den stärksten Ausgabenanstieg seit 1995 herrscht Schweigen.

2002 waren die führenden Leute von SPD und Linkspartei hellstichtiger. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Die Koalition will die Nettoneuverschuldung bis zum Jahr 2009 auf Null reduzieren.“ Und dann folgt die Feststellung: „Mit Blick auf die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkelkinder ... muss der Haushalt strukturell in Ordnung gebracht werden. Das wird zwei Legislaturperioden in Anspruch nehmen.“ Damals konnten sie vorläufigen Haushaltsausgleich, strukturelle Haushaltssanierung und die dazu nötigen Zeiträume noch auseinander halten.

Wenn wir nicht unterstellen wollen, dass Wowereit und Wolf an Gedächtnisschwund leiden, lässt der Verlauf ihrer zweiten Amtszeit nur einen Schluss zu: Sie haben eine bewusste Entscheidung gegen die Haushaltskonsolidierung getroffen, nachdem die Linkspartei bei der Wahl 2006 fast jeden zweiten Wähler verloren hatte. Wowereits damalige Entscheidung gegen Rot-Grün war auch eine Entscheidung gegen die Sanierung des Berliner Landeshaushalts.

Inzwischen wird in Berlin jeder achte Euro an Einnahmen zu den Gläubigern getragen. Die durchschnittliche Zinsbelastung der anderen Länderhaushalte ist nur halb so hoch. Jede noch so gut begründete Mehrausgabe untergräbt in dieser Situation die zukünftige Handlungsfähigkeit des Staates, wenn sie durch neue Schulden finanziert wird.

Unter den Abgeordneten von SPD und Linkspartei sitzen trotz der eindeutigen Haushaltslage immer noch zu viele Freunde eines Wohlfühlwahlkampfes. Sie flüchten sich in die Illusion, Berlin könnte dem Bund und den reichen Ländern eines Tages den Finanzmüll vor die Türe kippen und dabei ungeschoren davon kommen. Der Regierende Bürgermeister lässt sie gewähren. Der Finanzsenator wirkt in diesem Umfeld zunehmend hilflos und kommt über Analysen und Ankündigungen nicht hinaus.

Berlin braucht dringend einen Politikwechsel mit dem Ziel, den Haushalt bis 2020 auszugleichen. Wir müssen den Anstieg der Zins-Einnahme-Quote stoppen, damit Berlin politisch handlungsfähig bleibt und nicht zum Spielball der Finanzmärkte, des Bundes und der reichen Länder wird.

Haushaltsanierung als strategische Aufgabe

Bündnis 90/ Die Grünen wollen nicht darauf warten, dass sich die anderen Parteien irgendwann bewegen. Wir werden selbst die Initiative ergreifen. Unsere Anhängerinnen und Anhänger legen besonderen Wert auf eine Wirtschafts- und Lebensweise, die kommenden Generationen keine Problemlagen aufbürdet, die noch schwerer zu lösen sind als die heutigen. Grüne Politik soll in erster Linie zukunftsfest sein. Das unterscheidet uns von allen anderen Parteien.

Haushaltssanierung, Klimaschutz, Bildungsgerechtigkeit und soziale Stadtentwicklung sind strategische Zukunftsaufgaben der nächsten Legislaturperiode. Sie müssen miteinander verzahnt und von der gesamten Partei und Fraktion getragen werden und nicht nur von den jeweiligen Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern.

Dazu braucht es eine allseitige Orientierung an den Grundregeln nachhaltiger Haushaltspolitik:

- Alle Einnahmen stehen grundsätzlich dem Gesamthaushalt zur Verfügung. Wir wollen keine Schattenhaushalte und finanziellen Reservate. Transparenz ist die Basis nachhaltigen Wirtschaftens.
- Alle staatlichen Aufgaben werden auf ihre Notwendigkeit hin überprüft. Ohne Aufgabenkritik können den Staatsausgaben keine Grenzen gesetzt werden.
- Alle neuen finanzwirksamen Vorhaben und Belastungen müssen in ihren Wirkungen umfassend ausgewiesen und gegenfinanziert werden. Der Hinweis, etwas sei besonders wichtig oder wünschenswert, reicht nicht aus..

- Wir müssen klare Prioritäten setzen. Es gilt zu unterscheiden zwischen dem, was Berlin unbedingt haben muss, und Dingen, die Berlin gut brauchen kann. Die Finanz- und die Investitionsplanung sind entsprechend anzupassen.
- Politische Zielsetzungen haben sich stärker als bisher an qualitativen und nicht nur an quantitativen Anforderungen zu orientieren. Der Erfolg von Reformen ist an den Ergebnissen zu messen, nicht am Mitteleinsatz.
- Jeder Ausgabenbereich muss einen Beitrag zur Haushaltssanierung leisten - sei es durch Konsolidierungsbeiträge, sei es durch Verzicht auf Mehrbedarfe.

Sanierung in Ausgaben und Einnahmen

Jenseits der Frage, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden, um ohne neue Schulden auszukommen, gibt es prinzipiell nur drei Möglichkeiten, den Haushalt auszugleichen.

1. Einsparungen durch Kürzung oder Streichung von Leistungen
2. Einsparung durch effizientere Erbringung einer Leistung
3. Einnahmeverbesserungen durch Erhöhung von Steuern, Abgaben und Gebühren

Dabei steht für uns Bündnisgrüne außer Frage, dass Effizienzsteigerungen der Streichung von Leistungen vorzuziehen sind und sich Steuererhöhungen auf einkommens- und vermögensstarke Haushalte und leistungsstarke Unternehmen konzentrieren müssen.

Die Bundesländer und Gemeinden können nur die Ausgabenseite unmittelbar beeinflussen. Allerdings besteht der überwiegende Teil des Berliner Haushalts aus Ausgabenblöcken, die sich bestenfalls eingeschränkt steuern lassen. Dazu gehören in erster Linie die sozialen Pflichtleistungen und die Zinslasten, aber auch die Pflege der Infrastruktur der Stadt, soweit sie unverzichtbar ist, und in gewissem Maß die Löhne und Gehälter der Beschäftigten des Landes.

Den Landeshaushalt allein über die Ausgabenseite zu sanieren, bedarf deshalb günstiger Rahmenbedingungen. Dazu zählen einigermaßen stabile Preise, Zinssätze und Löhne sowie eine positive Entwicklung von EinwohnerInnenzahl, Bevölkerungsstruktur, Wirtschaftskraft und Beschäftigung.

Realistischerweise ist nicht davon auszugehen, dass sich alle diese Faktoren wunschgemäß entwickeln. Der Weg aus der Haushaltsnotlage wird deshalb neben strukturellen Einsparungen auch Einnahmeverbesserungen erfordern.

Wichtigster Einnahmeposten sind die Steuern. Die Steuerhoheit liegt jedoch fast komplett beim Bund. Die Sanierung der Staatshaushalte kann deshalb nur als gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden gelingen.

Die bundespolitischen Vorschläge von Bündnis 90/Die Grünen liegen nicht erst seit heute auf dem Tisch: Reform der Grundsteuer, Entwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer, Abbau von ökologisch schädlichen Steuersubventionen, stärkere Besteuerung höchster Einkommen, Erhebung einer Vermögensabgabe und Einführung der Transaktionssteuer.

Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung entzieht sich bis heute hartnäckig der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten, die Einnahmesituation von Bund, Ländern und Gemeinden zu verbessern und dafür insbesondere die Hauptverantwortlichen für das Finanzmarktdesaster heranzuziehen.

Die Blockade überwinden

Rot-Rot in Berlin nimmt die Politik von Schwarz-Gelb im Bund wiederum zum Vorwand, selbst keine Konsolidierungsschritte zu unternehmen. Diese Reaktion ist haushaltspolitisch unvernünftig und bundespolitisch schädlich. Wowerit setzt sich damit nicht nur in Gegensatz zu den anderen Notlageländern Bremen, Schleswig-Holstein und Saarland, die eine aktive Sparpolitik betreiben. Er liefert auch immer neue Munition für die Angriffe aus den Geberländern, die den bundesstaatlichen Finanzausgleich unterminieren und zu Lasten der Empfängerländer verändern wollen.

Wenn sich Wowerit bundespolitisch isoliert, ist das nicht seine Privatsache. Sein Verhalten ist mit der Verantwortung des Regierenden Bürgermeisters für das Wohl der Stadt nicht vereinbar. Es ist nicht im Interesse Berlins, dass er die Stadt immer stärker vom Rest des Landes abkapselt. Schließlich bezieht Berlin mehr als ein Drittel seiner Einnahmen aus dem bundesweiten Solidarsystem.

Berliner Forderungen an die Bundesregierung nach einer sozial gerechten Steuerpolitik haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn es gelingt, eine Mehrheit der Bundesländer dahinter zu versammeln. Wenn Berlin als Nettoempfänger des Finanzausgleichs eine solche Mehrheit herstellen will, muss es seinerseits zumindest im Ausgabenvergleich mit den anderen Stadtstaaten bestehen. Das ist bekanntlich noch nicht der Fall, auch wenn Rot-Rot das gern vergessen machen möchte.

Bündnis 90/Die Grünen werden alles daran setzen, die finanzpolitische Blockade zu überwinden, in die uns das spiegelbildliche Versagen von Schwarz-Gelb im Bund und von Rot-Rot in Berlin geführt hat.

- Bündnis 90/ Die Grünen werden auf allen politischen Ebenen weiter dafür kämpfen, dass die Bundespolitik ihren Beitrag zur Konsolidierung der Länder- und Gemeindefinanzen leistet. Die neuen Mehrheiten im Bundesrat haben die Bedingungen dafür verbessert.
- In Berlin werden wir die Basis für grüne Politik durch neue strukturelle Sparmaßnahmen legen. Dabei werden wir uns dem Ausgabenvergleich mit den anderen Stadtstaaten stellen.
- Ausreichende eigene Sparanstrengungen sind auch die Voraussetzung dafür, dass mögliche Einnahmeverbesserungen nicht nur der Finanzierung des Status Quo dienen sondern für Investitionen in die Zukunft der Stadt zur Verfügung stehen.

Konsolidierungsprogramm für Berlin

Nach heutigem Erkenntnisstand braucht zur Wahl 2011 niemand ernsthaft anzutreten, der nicht ein Konsolidierungsprogramm von einer halben Milliarde Euro im Gepäck hat. Anders lassen sich die Gesamtausgaben des Landeshaushalts auch unter günstigen Rahmenbedingungen nicht konstant halten.

Wenn Berlin zusätzliche Sparmaßnahmen in Höhe von rund 500 Millionen Euro umsetzt, würde uns dies auf das Niveau von 95 bis 98 Prozent der Hamburger Ausgaben bringen, das für Berlin als langfristig tragfähig angesehen wird. Damit wären zugleich die Vorwürfe praktisch widerlegt, die aus den anderen Bundesländern gegen die Berliner Ausgabenpolitik erhoben werden. Es gäbe dann keine Berliner Besonderheiten im Ausgabenniveau mehr, wohl aber - berechtigterweise - in der Ausgabenstruktur.

Der Weg dorthin wird nicht einfach sein. Da machen wir uns keine Illusionen. Die großen Schnitte im Berliner Haushalt sind gemacht.

- Die erforderlichen Einsparungen werden wir zu einem nennenswerten Teil bei konsumptiven und investiven Zuschüssen und den Eigeneinnahmen hamstern müssen. Dabei kann kein Ressort völlig ausgenommen werden. Einzige Ausnahme sind die Bildungsausgaben von der Kita bis zur Hochschule. Rund 200 Millionen Euro sollen auf diese Weise in den Einzelplänen aufgebracht werden. Die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen wird einen entsprechenden Maßnahmenkatalog ausarbeiten.
- Erhebliche Effizienzreserven können durch eine Reform der so genannten Querschnittsverwaltung (Personalverwaltung, Gebäudebewirtschaftung und IT) gehoben werden, die mit rund 2,5 Milliarden Euro ein Drittel der gesamten Personalkosten und über die Hälfte der Sachkosten verschlingt. Die Pensionierungswelle bietet die einmalige Chance in eine moderne Service-Architektur einzusteigen statt die alten Strukturen aufzufüllen. 10 Prozent der heutigen Kosten oder 250 Millionen Euro dürften durch eine Reform der Verwaltung der Verwaltung mindestens einzusparen sein.
- Bei den sozialen Leistungen Berlins herrscht ein Wildwuchs von Kostensätzen, der aus den sozialen Zwecksetzungen nicht zu erklären ist. Seit dem Fall Treberhilfe ist auch der Öffentlichkeit klar, dass diese Ausgaben auf den Prüfstand gehören. Wenn es gelingt, die sozialen Leistungen in Zukunft zielgenau, wirksam und bedarfsgerecht bereit zu stellen und vergleichbare Leistungen auch gleich zu entgelten, kann auf diesem Sektor mit Sicherheit eine strukturelle Einsparung von mindestens 100 Millionen Euro erzielt werden.

Jetzt beginnen

Die Schuldenbremse im Grundgesetz gibt Berlin für den Haushaltsausgleich 10 Jahre Zeit. Gleichzeitig verlangt das Konsolidierungshilfegesetz, dass Berlin den strukturellen Teil seines Defizits von über 2,5 Milliarden Euro beginnend mit dem Jahr 2011 in gleichen Teilen um jeweils ein Zehntel verringert.

Über die Berechnung des strukturellen Defizits wird zwischen dem Bund und den Notlageländern noch verhandelt. Fest steht aber: Der von Rot-Rot beschlossene Haushalt 2011 bildet keinerlei Reduktion des Haushaltsdefizits ab, obwohl der Konjunkturaufschwung begonnen hat und der Haushaltsplan entsprechend steigende Steuereinnahmen enthält.

Rot-Rot will die gesamte Last der Haushaltssanierung dem nächsten Senat vor die Füße kippen. Der Regierende Bürgermeister drückt sich aus wahltaktischen Motiven vor der Verantwortung.

Bündnis 90/Die Grünen erwarten von Rot-Rot, dass das Wegducken ein Ende hat. Mit dem Statusbericht für den Haushaltsabschluss 2010 und der November-Steuerschätzung für 2011 schlägt die Stunde der Wahrheit. Bündnis 90/ Die Grünen fordern, dass im Herbst 2010 ein Kassensturz gemacht und ein Nachtragshaushalt für 2011 aufgestellt wird.